

Sektionsveranstaltung Bildung und Erziehung 12. Oktober, 14.15-17.00 Uhr

Transnationale Vergesellschaftung von und durch Bildung?

Namen

Justin J.W. Powell
Nadine Bernhard
Lukas Graf

Anschrift

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)
Abt. Ausbildung & Arbeitsmarkt
Reichpietschufer 5
D-10785 Berlin, Germany

Email

powell@wzb.eu
bernhard@wzb.eu
graf@wzb.eu

Vortragstitel

"Wandel im Verhältnis von Berufsbildungs- und Hochschulsystemen? Deutschland, Österreich und Frankreich zwischen internationalen Standards und nationalen Institutionalisierungspfaden"

Abstract

Das Bewusstsein, dass Bildung für soziale und politische Partizipation sowie ökonomische Produktivität unerlässlich ist, unterliegt einer kontinuierlichen globalen Verbreitung, welche parallel zur massiven weltweiten Bildungsexpansion verläuft. Die Diffusion von Ideen und Standards sowie deren Übersetzung und Transfer über nationale Grenzen hinweg sind dabei ein entscheidender Faktor für den Verlauf gegenwärtiger Reformen sowohl im Berufsbildungs- als auch im Hochschulsystem. Nun treiben europäische Prozesse (Bologna und Kopenhagen) die internationale Standardisierung und den Reformdruck auf nationale Bildungssysteme über die „offene Methode der Koordinierung“ mit Mechanismen wie benchmarking oder league tables weiter voran. Dies passiert obwohl Bildung weiterhin von nationalen Entscheidungsträgern bestimmt sein soll. Beide europäische Reformprozesse stellen unterschiedlich starke Herausforderungen für nationale (Aus-)Bildungssysteme dar. Mit dem Ziel diese genauer erfassen zu können, beschäftigt sich der Beitrag erstens mit der Frage, welche Ausbildungs- und Hochschulmodelle als zentrale Vorbilder für die Bologna- und Kopenhagen-Prozesse dienen. Einflussreiche Modelle sind die korporatistische, duale Berufsausbildung in Deutschland, Österreich und der Schweiz oder die Elitehochschulen (grandes écoles) Frankreichs sowie die international führenden Universitäten in Großbritannien und den USA. Zweitens werden anhand von Fallstudien die nationalen Veränderungsdynamiken in Folge des Bologna- und des Kopenhagenprozesses untersucht. Als Indikatoren dienen hier vor allem die Einführung konsekutiver Studiengänge im Hochschulbildungsbereich (BA/MA) und die Entwicklung des nationalen Qualifikationsrahmens in der Berufsausbildung. Die Entwicklung dieser beiden organisatorischen Felder in Deutschland, Frankreich und Österreich seit 1990 werden nachgezeichnet. In der fortschreitenden Institutionalisierung europäischer Standards sind zwar supranationale Elemente erkennbar, aber die eingeschlagenen Entwicklungspfade der (Aus-)Bildungssysteme sind in diesen drei Ländern (noch) nicht verlassen worden.

Namen

Kathia Serrano-Velarde

Anschrift

Institut für Soziologie
Universität Heidelberg
Bergheimer Str. 58
69115 Heidelberg

Email

kathia.serrano@soziologie.uni-heidelberg.de

Vortragstitel

"Responsible Investments or responsibility to invest?
Investitionsdiskurse in der EU Bildungspolitik"

Abstract

Der Beitrag widmet sich einer diskursiven Analyse der EU Politik zur Hochschulfinanzierung. Hochschulen sind zentrale Akteure der von Lissabon (2000) propagierten „knowledge economy“ und haben daher einen bedeutenden Beitrag zum wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand in Europa zu leisten. Als Wissensproduzenten und -vermittler stellen sie dem Produktionsprozess nicht nur immer neue Wissensressourcen zur Verfügung sondern sichern zudem die anspruchsvolle, wissenschaftliche Qualifizierung der Arbeitnehmer. Diese gesellschaftspolitische Rolle soll nun finanziell honoriert werden. Doch woher kommt das Geld für die Bewältigung dieser Aufgaben? Die finanzielle Situation der Hochschulen ist seit 2003 ein wichtiges Diskussionsmoment europäischer Bildungspolitik und wird sowohl EU-intern als auch von international organisierten Interessenverbänden thematisiert. In diesem Rahmen ist ein normativer Bruch zu beobachten, der den ruckartigen Übergang vom öffentlichen Ausgaben- zum privaten Investitionsdenken markiert. Die Diskursanalyse von 30 EU Policy-Dokumenten soll folgende Fragestellungen aufarbeiten:

- Wie gestaltet sich der Investitionsdiskurs im Hochschulbereich? In ersten Teil der Studie soll die Legitimierung privater Investitionen im Hochschuldiskurs aufgedeckt und auf ihre normativen Vorannahmen untersucht werden.
- Wie werden private Beiträge zum Hochschulwesen im Rahmen der Lissabon Agenda festgehalten und politisiert? Im zweiten Teil der Untersuchung wird der Institutionalisierung des OMC-Indikators (Open Method of Coordination) zur Evaluierung des privaten Investitionsvolumens im Hochschulbereich nachgegangen.
- In einem dritten Teil der Studie sollen schließlich beide Aspekte miteinander diskutiert werden. Die Entstehung des OMC Indikators wird als Resultat eines diskursiven Aushandlungsprozesses verstanden, indem Legitimations-/Rechtfertigungsmuster für private Investitionen im Hochschulbereich aufgearbeitet und etabliert werden

Den theoretischen Bezugsrahmen der Studie bildet Luc Boltanski und Eve Chiapellos Weiterentwicklung der „sociologie pragmatique de la critique“.

Namen

Ulrike Schwabe

Anschrift

Otto-Friedrich-Universität Bamberg
Lehrstuhl für Soziologie mit dem Schwerpunkt längsschnittliche Bildungsforschung
Wilhelmsplatz 3
D-96045 Bamberg

Email

Ulrike.Schwabe@uni-bamberg.de

Vortragstitel

"Der Bologna-Prozess als Prozess aktiver Deutungskonstruktion: Strategisches Framing von BMBF und HRK"

Abstract

Mit der Unterzeichnung der Bologna-Deklaration im Jahre 1999 avancierte der Name des italienischen Tagungsortes zu einem wirkungsvollen Schlagwort für die Konvergenz der Studienstrukturen innerhalb Europas, doch was auf nationaler Ebene unter diesem Label zusammengefasst wird, hängt von der jeweiligen Interpretation und den Machtverhältnissen ab. Aus der Vielzahl gesellschaftlicher Akteure in Deutschland werden das BMBF und die HRK als zentrale „Diffusionsagenten“ der transnational induzierten Leitidee eines einheitlichen europäischen Hochschulraumes herausgegriffen. Ausgehend von wissenschaftstheoretischen Annahmen des Konstruktivismus und der Systemtheorie bildet der Framing-Ansatz den theoretischen Bezugsrahmen auf Akteursebene. Das phänomenologische Verständnis sozialer Konstruktion der Wirklichkeit ist damit um die Komponente der aktiven und zielgerichteten Deutungskonstruktion in öffentlichen Diskursen durch gesellschaftliche Akteure erweitert. Auf der Grundlage der herausgegebenen Pressemitteilungen wird aus einer kommunikationswissenschaftlichen Perspektive die Hypothese einer strategischen Framing-Allianz zur Durchsetzung des dominanten Deutungsmusters der erfolgreichen Modernisierung deutscher Hochschulen überprüft. Die empirische Identifikation dieser Inhaltsframes als originär latente Konstrukte erfolgt mittels einer Kombination aus Inhalts- und Clusteranalyse. Im Ergebnis zeigen sich bei beiden Akteuren eindeutige Interpretationsmuster, die in ihrem Zusammenspiel die Legitimation und Akzeptanz der hochschulpolitischen Entscheidungen sichern und einen substanziellen Teil des Bildungsdiskurses lenken. Über den Analysezeitraum von zehn Jahren haben sich im Konsens zu Poppers Reform-Verständnis einer schrittweisen Implementierung größerer Reformvorhaben thematische Nuancen und Akzentverlagerungen sowie Modifikationen in den strategischen Framing-Aktivitäten herauskristallisiert. Dabei erweist sich die relative Persistenz der Frames des Bildungsministeriums als stabilisierende Kraft innerhalb dieser eingegangenen Framing-Allianz.

Namen

René Lenz

Anschrift

Universität Erfurt
Staatswissenschaftliche Fakultät
LS Strukturanalyse moderner Gesellschaften
Nordhäuser Str. 69, 99089 Erfurt

Email

rl74@gmx.de

Vortragstitel

"Bologna in Russland und die Integration in den Europäischen Hochschulraum"

Abstract

Die Russische Föderation nimmt seit 2003 aktiv am Bologna-Prozess teil. Der Beitrag skizziert, welche Akteure das organisationale, bildungspolitische Feld in der Russischen Föderation konstituieren. Das Hauptaugenmerk gilt den Akteuren, die den Bologna-Prozess vorantreiben und umsetzen (müssen). Daran anschließend wird die Umsetzung von Reformen in den 1990er Jahren sowie die des Bologna-Prozesses dargestellt.

Die Veränderungen des russischen Hochschulsystems werden mit Bezug zum World Polity Ansatz und damit mit Prozessen des institutionellen Isomorphismus erklärt. Die besonderen Bedingungen in der russischen Föderation stehen dabei im Fokus. Der Beitrag analysiert außerdem das Verhältnis des russischen Hochschulsystems mit denen der europäischen Nachbarn nach 1990. Hierbei ist vor allem die transnationale Arbeit in Form von Hochschulkooperationen aber auch das Engagement von Stiftungen von Bedeutung.

Mit der erzwungenen Kommerzialisierung in den 1990er Jahre haben die russischen Hochschulen bereits Etappen hinter sich, die in West- und Mitteleuropa mit einer „unternehmerischen Hochschule“ und einem „akademischen Kapitalismus“ assoziiert werden. Gleichzeitig intensivierten sich die Kontakte mit den OECD-Staaten insbesondere mit der Bundesrepublik Deutschland. Bildung und Kultur gelten dabei als eine der wenigen Gebiete, in denen die Zusammenarbeit auch auf europäischer Ebene relativ problemlos vonstatten geht. Die transnationale Ebene ist hier zentral für die erfolgreiche Kooperation. Die Teilnahme am Europäischen Hochschulraum stellt für die russischen Entscheidungsträger ein Gelegenheitsfenster dar, Impulse für die Reform im eigenen Land zu erhalten. Die Umsetzung des Bologna-Prozesses resultiert jedoch eher in der Errichtung eines speziellen hybriden Typus.